

PANKOW MITEINANDER

Bezirkswahlprogramm der SPD Pankow 2011 – 2016

Einleitung

Zehn Jahre nach der Bezirksfusion können wir eine positive Bilanz ziehen. Das heutige Pankow – entstanden aus den Altbezirken Weißensee, Pankow und Prenzlauer Berg – ist in vielen Bereichen ein Wachstumskern Berlins. Die Arbeitslosenquote liegt unterhalb des Berliner Durchschnitts, nur in zwei Bezirken ist sie geringer als in Pankow. Die Bevölkerung ist entgegen dem Trend in den meisten anderen Bezirken stark angewachsen. Fast 370.000 Menschen aus rund 140 Nationen leben heute in unserem Bezirk.

Die SPD hat als stärkste politische Kraft im Bezirk diese Entwicklung auch mit kleiner werdenden finanziellen Spielräumen maßgeblich begleitet und gestaltet. In den kommenden Jahren erwarten wir einen weiteren Bevölkerungszuwachs und eine noch größere Vielfalt in Pankow.

Die SPD setzt sich mit ihrer Politik für einen Bezirk ein, der kinder- und familienfreundlich, seniorengerecht, tolerant und weltoffen ist, in dem soziale Verdrängung eingedämmt wird, der wirtschaftlich prosperiert und in dem sich die Pankowerinnen und Pankower, auch durch neue Formen der Bürgerbeteiligung, aktiv in die Zukunftsgestaltung einbringen.

In Berlin sind die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) zwar das Herz der kommunalpolitischen Willensbildung, aber Demokratie lebt auch wesentlich vom Mitmachen und Mitmachen können. Politik und Bürgerschaft tragen gemeinsam Verantwortung für das Gemeinwohl in unserem Bezirk. Nicht gegeneinander, nur gemeinsam können wir Zukunft nachhaltig gestalten. Deshalb wollen wir die Menschen in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee stärker in politische Entscheidungsprozesse einbinden.

Die Vermittlung zwischen unterschiedlichen Interessen, Meinungen und Positionen steht für uns am Anfang und nicht am Ende dieser Prozesse. Nur wenn Politik von Anfang an auf Transparenz setzt, findet sie Akzeptanz. Deshalb wollen wir mehr Instrumente direkter, kommunaler Demokratie entwickeln. Mehr Bürgerinnen und Bürgern sollen auf Entscheidungen in ihrem Lebensumfeld Einfluss nehmen können.

Einen möglichen Weg zu mehr Teilhabe zeigen in vorbildlicher Weise die Aktiven der Zukunftswerkstatt Heinersdorf und der konstruktive Dialog mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort zum Um- und Ausbau der Oderberger Straße.

Wir brauchen eine Debatte über das gemeinsame und gute Leben in unserem Bezirk.

Die Pankower SPD vertritt die Interessen aller 13 Ortsteile, die Interessen von Jung und Alt, von Mann und Frau, von Pankowerinnen und Pankowern mit Migrationshintergrund.

Die Pankower SPD steht für den ganzen Bezirk.

Wohnen in Berlin und Pankow

Die SPD kämpft dafür, dass die Menschen in ihrem Kiez bleiben können und nicht durch steigende Mieten oder Nebenkosten gezwungen sind umzuziehen. Während in Berlin insgesamt immer noch ein überdurchschnittliches Wohnungsangebot und ein bundesweit moderates Mietniveau herrschen, ist angesichts steigender Miet- und Mietnebenkosten in der Innenstadt die konsequentere Begrenzung von Mietsteigerungen durchzusetzen. Mieterhöhungen durch Modernisierungen dürfen nicht komplett auf die Mieterinnen- und Mieterseite umgelegt werden. Verbesserter Kündigungsschutz bei Umwandlung und Eigentümerwechsel, eine Kappungsgrenze bei Neuvermietungen, ein ökologischer Mietspiegel sowie die Sicherung der Mietkaution im Insolvenzfall sind Forderungen der SPD Pankow. Die SPD will, dass

- bei Neuvermietungen die Wohnungsmiete auf den Vergleichswert des Mietspiegels zu begrenzen ist.
- die Vergabe der Wohnungen mit Belegungsrechten an bedürftige Haushalte durch das Bezirksamt mit Hilfe sachkundiger Auftragnehmer organisiert und nachhaltig durch den Senat finanziert wird.
- Wohnungsgenossenschaften unterstützt werden, da Genossenschaften spekulationsfreien Wohnraum schaffen und gruppenspezifische Wohnwünsche befriedigen sowie soziale Verantwortung, Mitbestimmung, gesellschaftliche Integration und langfristiges Engagement ermöglichen.
- die massenhafte Zweckentfremdung von knappem Wohnraum in attraktiven Ortslagen als private Ferienwohnungen zurückgedrängt wird.

Mieterhöhung bei Sanierung und Modernisierung begrenzen, Verdrängung verhindern!

Den Instrumenten in Sanierungs- und Erhaltungsgebieten, dem Ausbau der sozialen Infrastruktur und dem Erhalt der sozialen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gilt die besondere Aufmerksamkeit der SPD. Der konsequente Einsatz für die Interessen der Mieterinnen und Mieter ist eine zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Wohnungspolitik in unserem Bezirk. Die SPD Pankow will:

- bezahlbare Mieten für Leistungsbezieher nach SGB II (Arbeitslosengeld) und XII (insbesondere Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung) sowie für weitere Geringverdiener erhalten und dazu die Mietkosten auf die Werte der Wohnkostenrichtlinie der Leistungsbezieher begrenzen,
- das Einhalten der Mietspiegelwerte durchsetzen,
- die frühzeitige Beteiligung der Mieterinnen und Mieter bei geplanten Modernisierungsmaßnahmen und das Erstellen eines Gebietssozialplans,
- Mieterinnen und Mieter durch Erhaltungsverordnungen, Milieuschutz und Gebietssozialpläne konsequent schützen,
- die Interessen der Mieterinnen und Mieter bei Großinvestitionen privater Wohnungsbaugesellschaften aktiv vertreten,
- weiterhin Gebietssozialpläne für den Mieterschutz in Quartieren nach § 180 BauGB

wie in der „Grünen Stadt“ oder an der Glaßbrennerstraße durchsetzen,

- die eigentümerunabhängige Beratung der Mieterinnen und Mieter in den Sanierungs- und Milieuschutzgebieten beibehalten und eigentümerunabhängige Mieterberatungen bei größeren Modernisierungsvorhaben durchsetzen,
- die Milieuschutzgebiete bei feststellbarem Aufwertungspotenzial und Verdrängungsdruck ausweiten.

Masterplan „Attraktive Mietwohnungen und Quartiere in Pankow“

Die Wohnungsunternehmen müssen sich stärker als bisher bei der Gestaltung der Quartiere engagieren und gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, der Bezirkspolitik sowie der Bezirksverwaltung Beteiligungsstrukturen und lebendige Quartiere schaffen. Deshalb fordert die SPD eine Zusammenarbeit mit den im Bezirk Pankow tätigen städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOBAG, GESOBAU und HOWOGE sowie größeren Genossenschaften und privaten Vermietern, die in einem gemeinsamen Arbeitsgremium erfolgen soll. Ziel soll sein, dass eine gemeinsame und verbindliche Strategie

- zur Entwicklung des Gesamtwohnungsbestandes und zur Zukunft einzelner Quartiere,
- für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes für die kommunalen Wohnungsunternehmen,
- zum Vorhalten von ausreichendem Wohnraum für Geringverdiener,
- zur Bereitstellung von seniorengerechtem Wohnraum,
- zum Bereithalten von behindertengerechtem Wohnraum,
- zur attraktiven Durchmischung der Quartiere mit Jungen, Alten, Armen, Wohlhabenden, etc.,
- für die gemeinsame Gestaltung lebendiger Quartiere und Kieze,
- zum Umgang mit ausstehenden Sanierungen im Bereich der Energieeffizienz,
- für mehr (gemeinsames) Engagement von Wohnungsunternehmen, Bewohnerinnen und Bewohnern, Bezirkspolitik und Verwaltung,
- zum Vorhalten von ausreichendem Wohnraum für Geringverdiener, deren Quadratmeterpreis auch Alleinstehenden das Anmieten einer Zweiraumwohnung ermöglicht,

entwickelt und umgesetzt wird. Dazu strebt die SPD den Abschluss einer Zielvereinbarung an, die die wesentlichen wirtschaftlichen, stadträumlichen und sozialen Eckdaten zur weiteren Entwicklung der großen Mietwohnungsbestände beinhaltet. Bei regelmäßigen Terminen soll die Umsetzung abgestimmt und zugleich das Einhalten der Zielvereinbarung kontrolliert werden. Dieses Vorgehen mag auf der einen Seite die Gewinnmaximierung der Wohnungsvermieter begrenzen, andererseits werden lebendigere, gemeinsam gestaltete Wohnquartiere besser angenommen und sind somit stabiler. Das wiederum mindert den Aufwand der Vermieter an anderer Stelle. Der Bezirk kann seinerseits in stabileren Quartieren die Daseinsvorsorge besser organisieren und gezielter Mittel und Personal einsetzen.

Bildung im Bezirk Pankow

Bildungspolitik ist Kernstück sozialdemokratischer Politik. Sie beginnt mit der Erziehung und Betreuung unserer Jüngsten in der Krippe und endet nicht mit der Hochschule, sondern beinhaltet auch lebenslanges Lernen, das mittlerweile ein notwendiger Bestandteil der modernen Arbeitswelt ist.

Die SPD steht für eine ganzheitliche und kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Kinder haben das Recht auf individuelle Förderung entsprechend ihren Möglichkeiten, damit sie ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben führen können.

Bildungspolitik ist immer auch Sozialpolitik. Diese Erfahrungen haben wir als Berliner SPD genutzt und eine der größten Schulreformen auf den Weg gebracht, die es je in einem Bundesland gegeben hat. Nicht der soziale Hintergrund einer Familie entscheidet über den Bildungsweg, sondern die individuellen Fähigkeiten eines jeden Kindes. Um allen die gleichen Chancen zu geben, musste die frühe Differenzierung aufgegeben werden. Mit der Integrierten Sekundarschule haben wir die Hauptschule abgeschafft und jedem Kind die Chance eröffnet, an einer Sekundarschule das Abitur zu absolvieren. Die individuellen Unterstützungen erhalten sie sowohl durch differenzierte Unterrichtsformen als auch durch den Ganztagsbetrieb.

Die Situation im Bezirk Pankow ist durch eine stark wachsende Kinderzahl, einen steigenden Anspruch auf gute Bildung und eine angenehme Lernatmosphäre gekennzeichnet. Der Bezirk steht vor großen Herausforderungen. Dies sind:

- die bedarfsgerechte Versorgung mit Kita-Plätzen,
- die Umsetzung der pädagogischen Reformen durch die Einrichtung der Sekundarschulen im Bezirk,
- die Schaffung von ausreichenden Schulplätzen in Grund- und Oberschulen sowie
- die bauliche Erhaltung und Ertüchtigung der vorhandenen Schulgebäude.

Frühkindliche Bildung und Ganztagsbetreuung für alle – Chancen für Kinder und Eltern verbessern

Der Bezirk Pankow ist attraktiv für junge Familien. Das beweisen die hohe Geburtenrate der vergangenen Jahre und der deutliche Zuzug junger Menschen. Darauf sind wir als Partei, die seit über 20 Jahren in diesem Bezirk politische Verantwortung trägt, sehr stolz.

Andererseits verknüpfen sich große Herausforderungen damit, um der Verantwortung für diesen Personenkreis – Kindern wie Eltern – gerecht zu werden. Die Bildungsangebote der Kitas sind ein wichtiger Beitrag zu gelingenden Bildungsbiographien, weshalb allen Kindern die Kita zugänglich sein muss.

Um die Zugangsbarrieren zu überwinden, hat das Land Berlin wichtige Entscheidungen getroffen:

- Kinder können in den letzten drei Jahren vor der Schule kostenfrei in die Kita gehen,
- der Personalschlüssel wurde verbessert und
- der Rechtsanspruch auf einen Teilzeitplatz (sieben Stunden täglich) wurde stufenweise eingeführt.

Kitas und Ganztagsbetreuungsangebote sind nicht nur für die Kinder, sondern auch für berufstätige Eltern wichtig. Spätestens mit Ende des Bezugs von Elterngeld, also in der Regel nach zwölf Monaten, brauchen Eltern Kinderbetreuungsmöglichkeiten, um wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu können.

In den vergangenen Jahren konnten wir eine Infrastruktur schaffen, die den Grundbedarf an Betreuung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen deckt – der Grad der Versorgung unserer Kinder bis sechs Jahre ist berlinweit der Höchste. Künftig muss sich unser Augenmerk verstärkt auf die Bereitstellung von Betreuungsplätzen für die Einjährigen und bei entsprechendem Bedarf auch für die unter Einjährigen richten. Monatelanges Warten auf einen Krippenplatz ist Eltern nicht zuzumuten.

Um der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht zu werden, muss sich der Bezirk als verantwortliche Instanz in der Bereitstellung von Information und Beratung zu Kinderbetreuungsfragen noch mehr als bisher als Servicestelle verstehen und sich den Eltern frühzeitig als kompetenter Ansprechpartner anbieten. Der Bezirk muss die Kinderbetreuung so planen und die an der Umsetzung Beteiligten so steuern und unterstützen, dass Kindern angemessene Entwicklungsmöglichkeiten und Eltern Perspektiven für ihr berufliches Einkommen und zur Weiterentwicklung eröffnet werden.

Das Land Berlin muss die Kindertagesbetreuung so fördern, dass ausreichende Platzkapazitäten vorhanden sind, diese ausgeschöpft werden können und der vorgegebene Personalschlüssel eingehalten wird. Treten vorübergehende Engpässe auf, sollten diese mit flexibler Kindertagespflege in Form von Tagesmüttern aufgefangen werden.

Die SPD Pankow setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass die Zugangsbedingungen für die Hortbetreuung von Kindern der fünften und sechsten Klassen im Grundschulbereich erleichtert werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass nur Kinder bis zum vierten Schuljahr und dann wieder ab dem siebten im Rahmen der Ganztagschule verbindlich bis 16 Uhr betreut werden. Diese Lücke muss geschlossen werden.

Des Weiteren muss das Betreuungsangebot dem geänderten Arbeitsleben entsprechen. Flexiblen Arbeitszeiten müssen flexible Betreuungszeiten gegenüber stehen. Die Pankower SPD setzt sich dafür ein, dass an jeder Kindertagesstätte die ergänzende flexible Tagespflege möglich ist. Sowohl bei qualifizierten Einzelpersonen als auch freien Trägern und Initiativen sollen Möglichkeiten dieser Betreuung geschaffen werden. Mit der Einrichtung von Familienzentren an Kitas soll dem gestiegenen Beratungs- und Unterstützungsbedarf von Familien direkt vor Ort begegnet werden. In der kommenden Legislaturperiode wird sich die SPD Pankow auf der Landesebene dafür einsetzen, dass an mindestens 20 Pankower Standorten diese Familienzentren eingerichtet werden und auch zukünftig Schulen in dieses Konzept eingebunden werden.

Schule

Die Versorgung mit Grundschulplätzen hat oberste Priorität, sie wurde in den vergangenen Jahren durch die Eröffnung von sechs Grundschulen und zwei Gemeinschaftsschulen (mit der Grundstufe beginnend) sichergestellt. Dabei hat der Bezirk die Erfahrung gemacht, dass gerade die Gemeinschaftsschulen sehr nachgefragt sind und damit ein sozialdemokratisches Schulprojekt von vielen Eltern angenommen wird. Deshalb will die SPD Pankow dieses Projekt weiterentwickeln und im Rahmen der Schulentwicklungsplanung weitere Gemeinschaftsschulen auf den Weg bringen.

Die Umstrukturierung der Oberschulstruktur wird im Jahre 2014 in der Sekundarstufe I (Klasse 7 – 10) abgeschlossen sein. Hier gilt es, die Schulen bei der Weiterentwicklung ihrer Profile, wie zum Beispiel Ganztags, duales Lernen, Vorbereitung auf Abitur und Studium, zu unterstützen. Auch die Gymnasien werden sich der neuen Situation stellen: Kinder, die es gewohnt sind, differenzierte Angebote, hohe Medienkompetenz und individuelle Lernmöglichkeiten vorzufinden, werden auch von den Gymnasien ein entsprechendes Angebot einfordern.

Der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bietet neue und vielfältigere Chancen, hat aber auch hohe Ansprüche. Schule muss Jugendliche noch besser darauf vorbereiten und dabei auch die Persönlichkeitsbildung und soziale Kompetenzen fördern. Die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Welt müssen für Kinder und Jugendliche transparent und zweckmäßig einsetzbar sein. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Bezirk hierfür die grundlegenden Bedingungen schafft:

Die intensive weitere Qualifizierung der Schulgebäude hat oberste Priorität. Der vorhandene Sanierungstau in dreistelliger Millionenhöhe ist nicht akzeptabel. Substanzsicherung muss gewährleistet und marode Gebäude müssen nach und nach saniert werden. Die Mittel für den baulichen Unterhalt müssen auf den Stand von 2008/2009 angehoben, die Investitionsmittel anteilmäßig für Schule eingesetzt und alle Möglichkeiten, Sonderprogramme in Anspruch zu nehmen, ausgeschöpft werden.

Die SPD setzt sich für die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention ein, die seit 2009 in Deutschland verbindliche Rechtsgrundlage ist. Ein Schwerpunkt der Politik der kommenden Jahre wird die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft sein. Dies muss und wird auch in der Schule umgesetzt werden: Jeder Mensch hat seine individuellen Begabungen und Potenziale, die gefördert und herausgefordert werden wollen. Inklusive Bildung geht davon aus, dass sich die Rahmenbedingungen in der Schule an den Bedürfnissen und Besonderheiten der Schülerinnen und Schüler ausrichten, damit gemeinsames Lernen möglich ist. Nach dem Beispiel der Berliner Kita, wonach Inklusion selbstverständlich ist und jedes Kind seinen individuellen Unterstützungsbedarf mit dem Kita-Gutschein mitbringt, wollen wir die Inklusion in der Berliner Schule voran bringen.

Die SPD Pankow wird unter Beibehaltung des Wahlrechts der Eltern die inklusiven Schulmodelle fördern. Wir werden bereits vorhandene Modellschulen unterstützen, dazu beitragen, weitere zu entwickeln, und den gesetzlich garantierten Zugang zur allgemein bildenden Schule für alle Kinder umsetzen.

Die Schulbauten, die sich 2006 noch im bezirklichen Eigentum befanden, sind in den letzten Jahren wieder in Betrieb genommen worden oder ihr Ausbau ist auf den Weg gebracht. Wir wissen aber, dass dies für die wachsende Kinderzahl im Grund- und Oberschulbereich nicht ausreichen wird.

Die SPD Pankow wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die Planung für den Neubau einer Gemeinschaftsschule im Bezirk vorangetrieben wird. Das pädagogisch nachgefragte Konzept der Gemeinschaftsschule kann so mit einem leistungsstarken flexiblen Schulgebäude und den notwendigen Sport- und Außenanlagen kombiniert werden. Ziel ist, die vielfältige Angebotsstruktur der Schulen in Pankow um einen weiteren starken Akteur zu erweitern und zu qualifizieren.

Folgende Vorhaben plant die SPD Pankow in der kommenden Wahlperiode umzusetzen:

- Aufstellung eines Sonderprogramms Schulsanierung/Schulhöfe,
- Forderung der Fortsetzung des Schul- und Sportstättenanierungsprogramms,
- Personalsicherung Sekretärinnen/Hausmeisterinnen und Hausmeister,
- Unterstützung der Kooperationen von Schulen mit freien Trägern, Vereinen, Musikschule etc.,
- an jede Schule eine Schulstation,
- weitere Gemeinschaftsschulen,
- Aufbau Inklusions-Schulen,
- Fortsetzung der Pankower Ausbildungsoffensive,
- Erhalt der Jugendkunstschule als unverzichtbarer Bestandteil der künstlerischen und kreativen Bildung von Schülerinnen und Schülern des Bezirks.

Kulturelle Bildung

Die kulturellen Bildungsangebote des Bezirks Pankow genießen weit über die Bezirksgrenzen hinaus einen sehr guten Ruf. Sie ermöglichen allen Altersgruppen qualitativ hochwertige und bezahlbare (Weiter-)Bildung. Auch in Zeiten knapper Kassen stellt die Pankower SPD diese Angebote nicht in Frage, sondern wird sie durch eine auskömmliche Finanzierung und das Stärken der bestehenden Einrichtungen erhalten und ausbauen. Dazu gehört für uns auch, dass die kulturellen Angebote in allen Ortsteilen des Bezirks gut erreichbar sind.

Musikschule

Zu den wichtigsten kulturellen Institutionen des Bezirks zählt die Musikschule, die dank ihrer herausragenden Qualität allen Altersgruppen die Möglichkeit zur musischen Entwicklung eröffnet. Besonders Kinder und Jugendliche werden hier in ihren emotionalen, sozialen, kreativen und kognitiven Fähigkeiten gefördert - ein wichtiger Beitrag zur Persönlichkeitsbildung. Wir wollen neben dem kontinuierlichen Musikunterricht auch das gemeinsame Musizieren, die Ensemblearbeit, fördern. Zur Gewährleistung der Qualitätsstandards ist eine ausreichende Zahl von festangestellten Lehrkräften zu beschäftigen, und zwar nicht nur für Leitungs- und Funktionsstellen. Freie Dozenten müssen auskömmlich honoriert werden können.

Museum

Die derzeitigen Angebote im Kultur- und Bildungszentrum Sebastian Haffner sowie im Museum in der Heynstrasse sind wichtige Bestandteile der bezirklichen Geschichtsarbeit, die das kollektive Gedächtnis für die Besonderheiten vor Ort und die Identität der Menschen im Bezirk stärken. Wir sprechen uns für eine dauerhafte Präsentation musealer Bestände in einem Schaudapot aus, um die umfangreiche Pankower Sammlung der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Auch werden wir uns für die dezentrale Präsentation musealer Angebote zur Stärkung der Ortsteilidentität einsetzen.

Bibliotheken

Öffentliche Bibliotheken gewähren allen Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang zu Büchern und anderen Medien. Sie sind ein unschätzbare Beitrag zur Leseförderung, Lesefähigkeit und Lesebegeisterung von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen die Pankower Bibliotheken mit einem entsprechenden Medienetat für Neuanschaffungen ausstatten und die bestehenden Formen der Leseförderung in Kooperation mit Schulen weiter ausbauen. Durch das große ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger konnten die Kurt-Tucholsky-Bibliothek im Bötzowviertel und die Bibliothek in Wilhelmsruh erhalten bleiben. Dieses Engagement wollen wir unterstützen und fördern. Die Perspektive der Wiederaufnahme eines hauptamtlichen Betriebs wird aufrechterhalten.

Neben zu entwickelnden alternativen Modellen für Ortsteile ohne Bibliothek soll entweder am Standort Buch oder Karow für den Norden des Bezirks eine leistungsstarke Bibliothek entstehen, die zentral und gut erreichbar ist und unter deren Dach auch andere kulturelle Einrichtungen wie zum Beispiel die Musikschule und die Volkshochschule untergebracht werden können.

Volkshochschule

Die Volkshochschulen bieten sehr vielen Menschen die Möglichkeit, sich auf hohem qualitativem Niveau zu erschwinglichen Preisen weiterzubilden. Da die Nachfrage nach Kursen das Angebot der Pankower Volkshochschule schon jetzt übersteigt, wollen wir eine schrittweise Ausweitung des Kursangebots durchsetzen. Insbesondere sollen Bürgerinnen und Bürger im Sinne des lebenslangen Lernens zukünftig Abschlüsse im zweiten Bildungsweg an den Volkshochschulen erreichen können. Die Zeiten, in denen Kurse angeboten werden, sollen noch stärker an die veränderten Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer angepasst werden (zum Beispiel Kurse tagsüber oder am Wochenende).

Für ein Generationen verbindendes und soziales Pankow

Pankow ist ein Bezirk mit hohem Durchschnittseinkommen aber auch wachsenden Einkommensunterschieden. Die Möglichkeiten der Bezirke zur Armutsbekämpfung sind begrenzt, aber Sozialpolitik als klassische Aufgabe der Kommune gewinnt an Bedeutung. Die Alterung und Ausdifferenzierung der Gesellschaft durch den demographischen Wandel stellt eine zusätzliche Herausforderung dar, der verantwortliche Sozialpolitik begegnen muss.

Bezirkliche Sozialpolitik muss zukunftsfest und damit generationenverbindend sein. Wenn sich die Bevölkerung in Pankow wandelt, muss ein soziales Pankow diese Veränderungen nachvollziehen. Die SPD Pankow steht für eine Sozialpolitik, die zum friedlichen Zusammenleben der Menschen über Generationen, Geschlecht und Herkunft hinweg beiträgt. Wir wollen dem Anspruch, Chancen zu eröffnen und Hilfe anzubieten, gerecht werden. Dies ist zugleich die Grundlage für gute Arbeit: Arbeit, die nicht krank macht, zum Leben reich und erfüllend ist.

Miteinander der Generationen

Ein soziales Pankow muss ein Generationen verbindendes Pankow sein. Wir wollen unsere Politik an der Frage der Generationengerechtigkeit messen. Unser Ziel ist, dass Pankow attraktiv für alle Generationen und Lebenslagen bleibt und mit den Menschen wächst. Die Orte, an denen sich Generationen begegnen und miteinander austauschen, sind allen voran die Stadtteilzentren und Begegnungsstätten. Damit sich auch in Zukunft alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Bezirk heimisch fühlen, wollen wir vorhandene bezirkliche Immobilien und die Begegnungs- und Freizeitangebote auf den Prüfstand stellen und mehr Räume schaffen, in denen sie sich austauschen und gemeinsame Projekte realisieren können. Im Sinne eines intergenerativen Lernens können sich dort für alle Generationen überraschende und interessante Perspektiven eröffnen, die über die eigene Altersgruppe hinausführen. Gleichzeitig muss es möglich sein, dass sich die verschiedenen Alters- und Zielgruppen unter sich finden und aktiv werden können. Für den Bezirk bedeutet dies: Konsequenter ressortübergreifend sozialraumorientiert zu arbeiten und zu überprüfen, wie die unterschiedliche Dichte der Angebote angeglichen werden kann.

Wo bereits eine gute Angebotsstruktur vorhanden ist, kann sie nach Kriterien der Generationenverbundenheit angepasst werden. Entsprechend sollte dieser Ansatz in die Planungsraumporträts des Bezirks mit aufgenommen werden. Wir werden dazu den Dialog mit den freien Trägern eröffnen, um getreu dem Subsidiaritätsprinzip Verabredungen zu treffen, welche Angebote sie unter sozialräumlichen Kriterien entwickeln können und welche der Bezirk vorhalten muss.

Konkret wollen wir:

- Die Stadtteilzentren stärken und weitere Mehrgenerationenhäuser schaffen.
- Die Einrichtung kooperativer Standorte forcieren und prüfen, welche bereits vorhandenen Angebote unter einem Dach zusammengezogen werden können.
- Kooperationsprojekte von Jugendfreizeit- und Senioreneinrichtungen fördern und modellhafte Konzepte für eine generationsübergreifende Nutzung vorhandener Einrichtungen entwickeln.

- Die Planungsraumkonferenzen für Seniorenprojekte öffnen und jeweils dort, wo es Sinn macht, Generationenbeauftragte installieren.
- Nachbarschafts- und Kiezprojekte auch gemeinsam mit freien Trägern anregen.

Soziales Pankow: Teilhabe für alle

In der Sozialpolitik werden viele Rahmenbedingungen von Bund und Land gesetzt und im Bezirk nur von der Verwaltung umgesetzt. Wir wollen da, wo der Bezirk Pankow Einfluss auf die Verwaltungspraxis ausüben kann, diesen im Sinne unserer Vorstellungen von einem sozialen Pankow einsetzen.

Die materielle Sicherung der Menschen, die aufgrund von Berufsunfähigkeit, niedriger Altersrente, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind, ist zentrale Aufgabe der Sozialämter und Sozialsysteme. Hier ist eine schnelle Unterstützung und Bearbeitung von Anträgen notwendig, die nur mit ausreichender personeller Ausstattung zu gewährleisten ist. Wir wollen in den nächsten Jahren dazu beitragen, dass die Beratung zu allen sozialen Hilfen, beispielsweise bei der Pflege, an einem Ort stattfinden kann.

Der Bezirk ist Mitglied in der Trägerversammlung des Jobcenters und gleichzeitig Träger für klassische Aufgaben der Sozialpolitik wie zum Beispiel die Schuldnerberatung. Mit freien Trägern ist der Bezirk eng verzahnt, zum Beispiel im Bereich der Jugendhilfe. Dieses Netzwerk wollen wir ausbauen, um die Arbeit der Sozialämter, Jobcenter und Träger genauer aufeinander abzustimmen und bürgerfreundlicher zu gestalten. Dabei soll auf die Bedürfnisse von Familien, älteren Menschen und Menschen mit Behinderung besondere Rücksicht genommen werden.

Wir wollen für Menschen mit Behinderungen weiterhin Barrieren für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abbauen helfen, zum Beispiel beim Zugang zu Behörden und zur ärztlichen Versorgung.

Teilhabe auch für die Schwächsten

In Pankow gibt es Menschen, die besonderer Hilfe bedürfen: Menschen in extremer Armut, die keine Wohnung haben oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Für diese wollen wir weiterhin niedrigschwellige Hilfsangebote bereitstellen, um zu verhindern, dass sie aus der Gesellschaft herausfallen.

Der Bezirk fördert eine vielfältige Struktur von Trägern, die sich um Menschen in solchen Notlagen kümmern: Beratungs- und Unterstützungsangebote mit niedrigschwelligem Zugang bis hin zu therapeutischer Hilfe werden aus den Mitteln des Psychiatrieentwicklungsplans sowie aus Zuwendungsmitteln des Sozialamtes gefördert. Die SPD Pankow setzt sich das Ziel, die notwendige Struktur unter Einbezug verschiedenster Akteure zu erhalten.

Ehrenamt stärken

Für ein soziales Gemeinwesen sind Ehrenamt und Freiwilligenarbeit unverzichtbar. Pankow ist reich an Bürgerinnen und Bürgern, die sich einbringen und das soziale Pankow mit

Leben erfüllen. Die Formen des Engagements sind in den vergangenen Jahren differenzierter und vielfältiger geworden.

Die SPD Pankow begrüßt, dass sich Menschen mit geringem Einkommen ehrenamtlich betätigen wollen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich dieser Personenkreis ohne eigenen finanziellen Aufwand gegen eine sachgerechte Aufwandsentschädigung ehrenamtlich engagieren kann.

Schon seit vielen Jahren arbeiten einige hundert Menschen mit viel Engagement ehrenamtlich in den Sozialkommissionen des Sozialamtes, in den Seniorenfreizeiteinrichtungen und in der Seniorenvertretung. Pflegeeinrichtungen bauen zunehmend Besuchsdienste mit Ehrenamtlichen auf. In den letzten Jahren sind die Freiwilligenagenturen in den Stadtteilzentren hinzugekommen, die Helfer und Hilfesuchende zusammenführen. Freiwilligenbörsen im Internet bringen vor allem junge Menschen zu Einsätzen bei Events und Veranstaltungen in sozialen Einrichtungen. Schulen nehmen Sozialpraktika oder Sozialtage in ihr Schulprogramm auf. Sportvereine leisten mit ihren Helfern Aufgaben, die über den reinen Sport weit hinausgehen. All dies sind erfolgreiche alte und neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements im sozialen Bereich, von denen alle Beteiligten profitieren.

Die SPD Pankow will,

- die Freiwilligenagenturen auf eine stabile personelle Basis stellen, damit sie die notwendige Unterstützung, Fortbildung und Beratung für die Freiwilligen gewährleisten können,
- die Sozialkommissionen erhalten und ausbauen,
- die Schulen in ihren Aktivitäten für soziales Engagement unterstützen.

Kinder- und Jugendfreizeit und Partizipation

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sind wichtige Freiräume für junge Menschen in unserem Bezirk. Wir wollen sicherstellen, dass in allen Ortsteilen in Pankow Angebote für Kinder und Jugendliche erhalten bleiben und entstehen. Ein generationenübergreifender Ansatz kann zur Gewährleistung eines breiten Angebots sinnvoll sein. Darüber hinaus wollen wir die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in sämtlichen Politikbereichen fördern.

Um ein flächendeckendes Angebot zu ermöglichen, fordern wir hierfür eine gute und ausreichende Versorgung in allen Bezirksregionen ein.

Wir begrüßen die Zusammenarbeit von Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen und streben eine weitere Öffnung von Schulen für Jugendverbandsarbeit an.

Wir stehen zur Gleichberechtigung von Einrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft. Damit sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen konzentrieren können, setzen wir uns dafür ein, künftig Förderzusagen für Einrichtungen über mindestens drei Jahre auszustellen. Dies schafft Vertrauen bei Kindern, Jugendlichen und Beschäftigten.

Die freien Träger wollen wir im Gegenzug verpflichten, den gleichen Tariflohn wie im öffentlichen Dienst des Landes Berlin für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu zahlen.

Wir wollen das Modelprojekt Spielleitplanung auf den ganzen Bezirk ausweiten und Kinder und Jugendliche noch stärker in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbeziehen.

Familie

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Familie verändert. Familien sind bunter und vielfältiger geworden, aber für den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht weniger wichtig. Familie ist für uns dort, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen, Sorge tragen, Zuwendung schenken und wo Generationen füreinander eintreten. Damit Familien diese Verantwortung tragen können, bedarf es einer angemessenen Infrastruktur mit vielfältigen Angeboten, die sie unterstützt und fördert. Die SPD Pankow will die Rahmenbedingungen für Eltern und Kinder in unserem Bezirk familienfreundlicher gestalten.

Wir treten dafür ein, das Kinderschutzgesetz intensiv umzusetzen und die Frühen Hilfen als Angebot für Familien vor und nach der Geburt im Bezirk weiter auszubauen. Die Einbindung der zu bildenden Familienzentren in das Netzwerk Kinderschutz wird durch uns unterstützt.

Bündnis für Familie

Das Bündnis für Familie in Pankow wurde mit wesentlicher Unterstützung und Begleitung durch die Pankower SPD ins Leben gerufen. Mittlerweile ist das Familienbündnis eine Institution für Pankower Familien, die sich bewährt hat. Der Familienratgeber mit der Darstellung aller im Bezirk befindlichen Unterstützungs- und Beratungseinrichtungen ist für junge Eltern eine wesentliche Hilfe. Die Familienbefragung bietet mit ihrem Datenmaterial und Ergebnissen die Grundlage für eine fundierte Familienpolitik in Pankow. Die SPD Pankow bleibt auch weiterhin aktiver Partner des Bündnisses und wird es im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

Gesundheit

Gesundheitsvorsorge und Prävention sind wesentliche Bausteine der bezirklichen Aufgaben. Pankow hat sich in den letzten Jahren die Schwerpunkte Bewegung und Ernährung für Jung und Alt sowie die Suchtprävention auf die Fahnen geschrieben und diese auch als seinen Beitrag in das Gesunde-Städte-Netzwerk Deutschland eingebracht. Zahlreiche Angebote insbesondere für Kinder und Jugendliche zur Suchtprävention wurden durchgeführt.

Verstärktes Augenmerk wird der Bezirk weiter auf den zunehmenden Alkoholmissbrauch insbesondere auch bei Jugendlichen legen. Ein erster Schritt wurde mit dem Alkoholverbot auf Sportanlagen während des Trainings- und Spielbetriebs von Kindern und Jugendlichen bereits getan. Die SPD Pankow setzt sich für ein generelles Alkoholkonsumverbot auf Spielplätzen des Bezirks ein.

Der Bezirk Pankow hat sich als erster Bezirk in Berlin intensiv mit den Auswirkungen der Glücksspielsucht beschäftigt. Diese beiden Schwerpunkte sollen auch in der Zukunft eine zentrale Rolle in der präventiven Arbeit des Bezirks spielen: Bewegung und Ernährung sowie Suchtprävention.

Die Sicherung der bürgernahen Dienste des Gesundheitsamtes, wie Hygiene- und Umweltmedizin, Behindertenberatung und die Kindergesundheitsdienste sind Pflichtaufgaben des Bezirks, deren Erfüllung eine hinreichende Personaldecke erfordert. Den Personalstand zu erhalten und an die neuen Aufgaben anzupassen, ist deshalb unser Ziel.

Die psychiatrische Pflichtversorgung durch Gesundheitsamt und freie Träger stellt für viele Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Überlebenshilfe dar. Wir wollen, dass Menschen mit psychischen Problemen und psychiatrischen Krankheiten auch weiterhin vor Ort und im Bezirk versorgt werden können.

Der Bezirk Pankow verfügt über ein vielfältiges Angebot von Pflegeeinrichtungen im stationären und ambulanten Bereich. Es ist eine ständige Aufgabe, auf die Qualität dieser Einrichtungen zu achten, damit alte und kranke Menschen dort in Würde und mit qualitativ hochwertiger Versorgung und Pflege leben können.

Die neu entstandenen Pflegestützpunkte haben die Aufgabe, Angehörige und Pflegebedürftige zu beraten, aber auch ehrenamtliche Initiativen zu unterstützen. Die SPD Pankow ist mit dem Wirkungsgrad der Pflegestützpunkte noch längst nicht zufrieden. Es gilt, in den nächsten Jahren offensiv das Angebot der Pflegestützpunkte bekannt zu machen. Darüber hinaus werden wir die Vernetzung mit Ehrenamtlichen, etwa den Sozialkommissionen, der Seniorenvertretung, den Selbsthilfegruppen sowie dem Qualitätsverbund Netzwerk im Alter fördern.

Bürgergesellschaft und Teilhabe

Unser Bezirk ist vielfältiger und bunter als jede graue Theorie – so bunt wie die Erfahrungen, die jede und jeder tagtäglich sammelt, und so vielfältig wie die Vorstellungen darüber, wie unser Bezirk einmal aussehen könnte. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine umfassende Teilhabe der Menschen in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee. Wir sind für ihre Ideen offen und sehen Vielfalt als Chance und Quelle für unseren wachsenden Bezirk. Wir wollen eine neue Kultur des Miteinanders der Generationen, von Frauen und Männern, Politik und Zivilgesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen füreinander eintreten, und setzen dabei auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit.

Open Data Pankow

Die SPD Pankow setzt sich nachhaltig dafür ein, dass grundsätzlich alle Daten der öffentlichen Verwaltung allen Bürgerinnen und Bürgern in vollem Umfang, zeitnah, in offenen Formaten, über offene Schnittstellen, maschinenlesbar und ohne Einschränkungen kostenfrei zur Verfügung stehen. Nicht betroffen davon sind Daten, die dem Datenschutz und der Sicherheit unterliegen, insbesondere personengebundene Daten einzelner Bürgerinnen und Bürger. Beispielhaft kann es sich um Umweltdaten wie etwa zur Luftgüte, Daten zur Verkehrsdichte, Positionsdaten des ÖPNV, Daten zu Kriminalität, Grundstückspreisen, internen Prozessen der Verwaltung, insbesondere dem Haushalt, Informationen über Geschäfte, medizinische Einrichtungen und Sehenswürdigkeiten handeln.

Die Daten der Verwaltung mit Ausnahme der dem Datenschutz unterliegenden personenbezogenen Daten gehören den Bürgerinnen und Bürgern, da sie mit Steuergeldern finanziert worden sind. Zugangsbeschränkungen für Bürgerinnen und Bürger sind daher nicht zu rechtfertigen. Zudem befördert der Zugang zu diesen Daten gesellschaftlichen Nutzen, da er die Transparenz der Verwaltung erhöht und mehr Möglichkeiten für Partizipation schafft. Echte Bürgerbeteiligung braucht den Zugang zu Daten der Verwaltung in offener Form. Wir wenden uns deswegen auch gegen eine kommerzielle Nutzung von Daten.

Frauenförderung und Gleichstellung

Die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen ist für uns ein zentrales Thema. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen Leben. Immer mehr Frauen und Männer wollen Beruf und Familienaufgaben partnerschaftlich teilen. Doch die alten Rollenbilder sind längst nicht überwunden. Deshalb sind alle Politikbereiche der Gleichstellung und Frauenförderung verpflichtet. Gender Mainstreaming soll im alltäglichen Verwaltungshandeln zur selbstverständlichen Norm werden.

Wir haben uns stets für den Erhalt der Frauenprojekte im Bezirk Pankow engagiert und wollen an deren Förderung festhalten. Wir haben den bezirklichen Aktionsplan gegen häusliche Gewalt fortgeschrieben und so Maßnahmen und Konzepte zur verbesserten Prävention und Intervention gegen Gewalt an Mädchen und Frauen unterstützt. Daran wollen wir anknüpfen.

Wir wollen außerdem:

- Das Wirken von Frauen aus Geschichte und Gegenwart in der Öffentlichkeit verstärkt sichtbar machen – zum Beispiel durch die Benennung von Straßen, öffentlichen Orten und Einrichtungen.
- Den Dialog mit den Frauenorganisationen und frauenspezifischen Einrichtungen im Bezirk verstärken und den Frauenbeirat als Expertinnengremium aufwerten.
- Die frauenpolitische Infrastruktur und die zielgruppenorientierte Förderung von Mädchen und Frauen weiter stabilisieren.
- Unternehmerinnen und Existenzgründerinnen durch geeignete Beratungs- und Fördermaßnahmen unterstützen.
- Bei Frauenförderung und Entgeltgleichheit als Bezirk beispielhaft vorgehen und diese Themen gezielt an die Wirtschaft herantragen.
- Die Verwaltung zu einer verstärkten Beteiligung am Girls' Day anregen.
- Ein Programm rund um den Internationalen Frauentag etablieren, um der gleichstellungspolitischen Debatte im Bezirk Pankow neue Impulse zu verleihen.

Vielfalt und Toleranz

Für uns ist ein tolerantes Miteinander mit Verständnis und Respekt für alle Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexueller Identität und körperlicher Beeinträchtigung, unabhängig vom selbst gewählten Lebensentwurf und der aktuellen Lebensphase jeder und jedes Einzelnen. Wir bekennen uns zu Inklusion, Partizipation und Selbstbestimmung und laden alle Menschen dazu ein, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Kreativität in die Gestaltung unseres Bezirks einzubringen.

Auf unsere Initiative hin hat Pankow als erster Bezirk und noch vor dem Land Berlin die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Wir haben sowohl das Pankower Register, das über Anlaufstellen bei verschiedenen freien Trägern und Einrichtungen der Zivilgesellschaft Fälle rechter, fremdenfeindlicher, antisemitischer, homophober und islamfeindlicher Vorfälle und Gewalt erfasst, als auch den Lokalen Aktionsplan, der für kulturelle Vielfalt wirbt und demokratiefeindlichen Entwicklungen begegnet, abgesichert und ausgebaut. Angeregt durch uns hat erstmals im Bezirk Pankow ein Integrationsbeirat seine Arbeit aufgenommen und engagiert ein Integrationskonzept erstellt.

Wir diskutieren nicht darüber, ob zum Christopher Street Day als Zeichen der Solidarität mit Lesben, Schwulen und Transgender die Regenbogenflagge vor dem Rathaus aufgezogen wird, sondern wir tun es. Wir zögern auch nicht, uns Demonstrationen von menschenfeindlichen und menschenverachtenden Organisationen in den Weg zu stellen. Wir treten entschieden gegen politisch motivierte Gewalt, Gewalt gegen die sexuelle Identität und jede Form von Diskriminierung ein.

In unserem Bezirk ist kein Platz für Neo-Nazis oder islamfeindliche Rechtspopulisten. Deshalb werden wir am Pankower Register und am Lokalen Aktionsplan als wichtigen Instrumenten des Engagements der Zivilgesellschaft für Vielfalt und Toleranz festhalten.

Außerdem wollen wir:

- Die Verwaltung dazu anregen, die Charta der Vielfalt noch mehr mit Leben zu füllen und einen Diversitybeauftragten einzuführen.
- Die bezirklichen Beiräte bewusster als Expertengremien wahrnehmen und ihre Kooperation fördern.
- Das Integrationskonzept sowie das Behindertenkonzept weiterentwickeln.
- Die Infrastruktur und die zielgruppenorientierte Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und von Menschen mit Behinderung erhalten sowie die Hilfe zur Selbsthilfe dieser Gruppen unterstützen.
- Weiterhin die Auseinandersetzung junger Menschen mit allen Formen der Diskriminierung zum Beispiel in Form von Kampagnen oder Wettbewerben fördern.
- Soziale und kulturelle Bildungsangebote anregen sowie Orte und Möglichkeiten der Begegnung der unterschiedlichen Lebensweisen schaffen.
- Die wieder aufgenommene Städtepartnerschaft mit Ashkelon (Israel) und die bewährte Städtepartnerschaft mit Kolberg (Polen) weiter ausbauen.
- Gezielter auf Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre Familien zugehen.
- Den bestehenden Interkulturellen Garten in Französisch Buchholz erhalten und die Übernahme dieses Konzepts in anderen Ortsteilen anregen.
- Die begonnene Umsetzung der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ im Bezirk Pankow weiter begleiten und vorantreiben.

Bürgerschaftliches Engagement

Demokratie braucht bürgerschaftliches Engagement. Viele Menschen in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee bringen ihre persönliche Kompetenz und Erfahrung uneigennützig und mit großem Einsatz für die Allgemeinheit ein. Das stärkt das Zusammenleben und erhöht die Identifikation mit ihrem Kiez und unserem Bezirk. Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement in seinen vielfältigen Formen, sei es in den vielen Sportvereinen, im sozialen Bereich und den Kirchen, in Heimatvereinen oder bei Freiwilligen Feuerwehren und Bürgerinitiativen.

Bürgerschaftliches Engagement wird besonders in den Gremien spürbar, in denen Vereine und Initiativen mit Politik und Verwaltung zusammenarbeiten. Deshalb wollen wir verstärkt die Arbeit der bezirklichen Beiräte unterstützen.

Die bezirklichen Beauftragten sind ein wichtiger Mittler zwischen der Zivilgesellschaft und der Verwaltung. Außerdem wollen wir eine bezirkliche Ansprechperson für bürgerschaftliches Engagement schaffen, die bei der Suche nach einem ehrenamtlichen Betätigungsfeld behilflich ist, die Vernetzung vorhandener Angebotsstrukturen unterstützt und bei Bedarf gezielt an die zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in der Verwaltung vermittelt.

Bürgerschaftliches Engagement braucht auch Anerkennung. Mit dem Ehrenpreis zeichnet die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) jährlich Aktive aus, die sich um andere Menschen und den Bezirk besonders verdient gemacht haben. Wir wollen gemeinsam mit Vereinen und Initiativen prüfen, ob die bisherige Form der Ehrung noch zeitgemäß ist und

welche Würdigung stattdessen oder ergänzend sinnvoll ist.

Die Arbeit des Technischen Hilfswerks (THW) ist für Pankow unverzichtbar. Die SPD arbeitet mit Hochdruck daran, das THW in Pankow zu halten und es bei der Suche nach einem neuen geeigneten Standort in unserem Bezirk kräftig zu unterstützen.

Wir wollen außerdem:

- Vereine, Initiativen und andere Einrichtungen und Akteure vor Ort an der Weiterentwicklung von lebens- und liebenswerten Kiezen beteiligen. Dabei wollen wir gerade auch die Bereitschaft unterstützen, sich bei der Pflege von Grünanlagen, Spielplätzen und des öffentlichen Raums aktiv einzubringen.
- Die Senioren-BVV beibehalten und mit den Seniorinnen und Senioren weiterentwickeln sowie die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen stärken und einem Kinder- und Jugendparlament direkten Einfluss auf bezirkspolitische Entscheidungen einräumen.
- Demokratische Traditionen in unserem Bezirk sichtbar machen und uns weiter dafür engagieren, dass historische Ereignisse angemessen gewürdigt werden.
- Bürgerschaftliches Engagement im Kiez subsidiär unterstützen, dies bedeutet: Unterstützung dort zu geben, wo Vereine oder Initiativen nicht alleine weiter kommen.

Sport

Rund 150 Sportvereine gibt es im Bezirk Pankow, dazu Tausende von nicht organisierten Sportlerinnen und Sportlern, die joggen, walken, Fahrrad- oder Skateboardfahren oder sich auf andere Art sportlich betätigen. Hinzu kommt eine große Zahl von kommerziellen Sportstudios. Sport hat sich verändert: Der klassische Sportverein ist nur eine von vielen Möglichkeiten, um Sport zu treiben. Die individuelle Gestaltung des Sports ist – auch schon aus beruflichen Gründen – ein Massenphänomen geworden.

Dennoch ist der Vereinssport ein nicht wegzudenkender Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens im Bezirk. Sportvereine fördern neben der körperlichen Fitness auch den Teamgeist und die soziale Zusammengehörigkeit. Sie können integrieren und verschiedenste Menschen zusammenbringen, schaffen Raum für Engagement, widmen sich intensiv der Kinder- und Jugendarbeit und profilieren sich zunehmend als Partner von Schulen und Kitas im Bezirk.

Der Sport benötigt Sporthallen und Sportplätze. Viele Sportstätten im Bezirk sind sanierungsbedürftig. Doch trotz der beschränkten finanziellen Mittel ist es gelungen, neue Sportstätten zu schaffen. Die SPD wird

- die bereits geplanten Sporthallen realisieren,
- sich dafür einsetzen, dass trotz des engen finanziellen Spielraums in kleinen Schritten Sportstätten saniert werden,
- die Zusammenarbeit Schule – Verein und Kita – Verein fördern,
- offene Angebote für den Freizeitsport unterstützen und anregen,
- auch weiterhin die Forderung zur Wiedereröffnung der Schwimmhalle Wolfshager Straße unterstützen.

Nachhaltige und barrierefreie Mobilität für Pankow

Die SPD Pankow achtet in der Verkehrspolitik auf Gerechtigkeit und den Schutz der Schwächeren. Die Schulwegsicherung und die barrierefreie Gestaltung von Verkehrsmitteln und öffentlichem Straßenland haben für uns Priorität. Die SPD im Bezirk Pankow gibt der Entwicklung des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) weiterhin den Vorrang und setzt sich für den Erhalt und den Ausbau eines leistungsstarken und zuverlässigen ÖPNV im Bezirk ein.

Die Pankower SPD fordert, dass

- der Verkehr stärker für Nicht-Autofahrer geplant wird, in dem zum Beispiel Busspuren, Fahrradstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche angelegt werden und die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung geprüft wird,
- die Förderung des ÖPNV sowie von Radfahren ausgeweitet wird,
- bessere Anschlüsse und barrierefreie Umsteigesituationen zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln (Fahrrad, Bahn und Bus) geschaffen werden,
- durch die Umgestaltung von Straßenflächen attraktive und erlebbare Straßenräume entstehen, in denen eine Begrenzung des ruhenden Verkehrs erfolgt und
- Unfallschwerpunkte wie beispielsweise die Kreuzung Bornholmer Straße/Schönhauser Allee/Wisbyer Straße entschärft werden.

Zu Fuß unterwegs

Alle Menschen, die hier wohnen, nutzen auch Gehwege, zum Beispiel als Fußgängerin, Fußgänger oder Rollstuhlfahrerin, Rollstuhlfahrer – und sei es nur vom Wohnort zum Verkehrsmittel der Wahl. Deswegen kommt ihrer Sicherheit eine besondere Bedeutung zu.

Die wesentlichen Ziele der SPD im Bezirk sind:

- die flächendeckende Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Gehwegsanierung, Gehwegvorstreckungen, bessere Querungsmöglichkeiten statt der Schaffung weniger und teurer „Spielstraßen“ in privilegierten Lagen,
- die Ausweitung der Barrierefreiheit im gesamten Bezirk und insbesondere an ÖPNV-Haltestellen,
- die Realisierung von verkehrsberuhigenden und verkehrssichernden Maßnahmen in Wohngebieten,
- die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in Durchgangsstraßen durch kostengünstige Maßnahmen,
- die Erweiterung der Verkehrsflächen für Fußgängerinnen und Fußgänger durch den Rückbau von Flächen anderer Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer,
- längere Ampelphasen, damit langsamere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer die Straße in der Grünphase überqueren können.

Mit dem Rad unterwegs

Der Anteil des Radverkehrs im Bezirk nimmt kontinuierlich und deutlich wahrnehmbar zu,

da immer mehr Menschen die Vorteile des Radfahrens als umweltfreundliches und zugleich kostengünstiges Fortbewegungsmittel nutzen. Deshalb setzt sich die SPD für die Förderung des Radverkehrs im Bezirk ein.

Wesentliche Ziele sind dabei:

- der Ausbau der bezirklichen Radwege und die bessere Anbindung an das überörtliche Radwegenetz Berlins,
- die Herstellung eines geschlossenen Radwegenetzes,
- die Erhöhung der Verkehrssicherheit von Radfahrerinnen und Radfahrern,
- die Kapazitätserweiterung auf der Schönhauser Allee,
- die Ausweisung weiterer Fahrradstraßen,
- die Genehmigung des Radfahrens in öffentlichen Park- und Grünanlagen,
- die Anlage eines durchgehenden Radwegs, wenn die Erweiterung des Mauerparks erfolgt,
- die konsequente Beseitigung von Verkehrshindernissen auf Radwegen, wie zum Beispiel falsch geparkten PKW.

Mehr Lebensqualität durch Parkraumbewirtschaftung in Prenzlauer Berg

Auf Initiative der SPD wurden im Jahr 2009 die Weichen für die Einführung der Parkraumbewirtschaftung zum 1. Oktober 2010 im Ortsteil Prenzlauer Berg gestellt. Illegales Parken auf Gehwegen, im Kreis fahrende Autofahrerinnen und Autofahrer auf der verzweifelten Suche nach einem Parkplatz, Anwohnerinnen und Anwohner, die sich über Lärm und Abgase ärgern, waren der Anlass.

Bewohnerinnen und Bewohner sowie Kundinnen und Kunden der vielen Geschäfte und Cafés finden wieder deutlich leichter einen legalen Parkplatz. Die Parkraumbewirtschaftung hat sich seit ihrer Einführung bewährt und die meisten Erwartungen übertroffen. Weniger Lärm und Abgase entlasten die Kieze und die Verkehrssicherheit erhöht sich, wenn weniger Fahrzeuge illegal an Straßenkreuzungen oder auf Gehwegen abgestellt werden. Die Aufenthalts- und Lebensqualität sind gestiegen.

In den angrenzenden Bereichen wurden jedoch Verdrängungseffekte festgestellt, die diese Quartiere belasten und die Parkplatzsuche erschweren. Deshalb wird sich die SPD für eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf weitere Gebiete wie das Bötzowviertel sowie die Quartiere rund um den Arnim- und den Humannplatz sowie für weitere Bereiche im Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern einsetzen.

Wir wollen, dass das Konzept der Parkraumbewirtschaftung um die Schmelinghalle überdacht wird. Der durch Veranstaltungen ausgelöste Parkdruck wird durch die Parkraumbewirtschaftung nicht gemildert. Die SPD wird deshalb weiterhin alle Möglichkeiten prüfen, dieses Problem zufriedenstellend zu lösen, etwa durch Anwohnerparken, verstärkte Kontrollen, das Abschleppen widerrechtlich geparkter Fahrzeuge oder Zufahrtsbeschränkungen für die anliegenden Straßen. Ziel soll sein, noch in diesem Jahr eine Lösung zu finden, die es ermöglicht, auch bei Veranstaltungen in der Halle Parkmöglichkeiten für die Anwohnerinnen und Anwohner offen zu halten.

Vorrang für den Öffentlichen Personennahverkehr

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll im Bezirk weiter ausgebaut und verbessert werden. Aufgrund der vielen neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie der auch in Zukunft erwarteten Zuwanderung in den Bezirk ist die Verbesserung des ÖPNV ein wichtiger Faktor für die nachhaltige Gestaltung als Wohn- und Arbeitsstandort.

Die SPD Pankow fordert daher

- die Ausweitung der ÖPNV-Angebote,
- die Verdichtung der Fahrtenfolge auf verschiedenen Straßenbahn- und Buslinien, unter anderem bei der M1, M2, M10 und M12,
- die bessere Erreichbarkeit der nördlichen Ortsteile,
- die bessere Nutzbarkeit der unterschiedlichen Angebote durch Barrierefreiheit,
- die Verbesserung von Umsteigebeziehungen, vor allem an den Bahnhöfen,
- die Nutzung des ÖPNV flexibler, einfacher und attraktiver zu machen,
- besser lesbare Fahrpläne auch für Menschen mit eingeschränkter Sehkraft.

Die in Pankow vorhandenen Straßenbahnlinien sollen erhalten, ihre Zuverlässigkeit erhöht und die Streckenführung verbessert werden. Dazu gehört insbesondere auch die Verlängerung der M10 zum Hauptbahnhof.

Die Straßenbahnlinie M4 ist die am stärksten genutzte und im dichtesten Takt verkehrende Tramlinie Berlins. Trotzdem reichen die Kapazitäten zu manchen Tageszeiten nicht mehr aus. Wir messen die BVG an ihrer Zusage, bis Ende 2012 die Strecke der M4 ausschließlich mit Niederflurfahrzeugen zu bedienen und setzen uns für die Bereitstellung der notwendigen Kapazitäten ein.

Heidekrautbahn

Die ehemalige Führung der Heidekrautbahn über Wilhelmsruh, Rosenthal und Blankenfelde ist seit 1961 immer noch außer Betrieb. Die Stammstrecke bietet für die verkehrliche Erschließung der nordwestlichen Teile des Bezirks große Vorteile. Gleichzeitig werden die Anbindung des Naherholungsgebiets Blankenfelde mit dem Botanischen Volkspark sowie der Industriestandorte von ABB, Alstom und Schindler verbessert. Daher fordert die SPD den zügigen Wiederaufbau der Heidekrautbahn auf der Stammstrecke, ohne die Anbindung an den Bahnhof Karow als Fahralternative und mögliche Anbindung für die östlichen Stadteile aufzugeben.

Umwelt, Natur und Energie

Eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik muss auch auf Umweltschutz, Energieeffizienz und Klimaschutz basieren. Die Umweltsituation in Pankow wollen wir durch Verkehrsentlastung sowie den Erhalt und die Erweiterung von Grünzonen verbessern.

Wichtige Frei- und Grünräume sind für die Belüftung der Quartiere und zur Steigerung der Lebensqualität zu erhalten. Die SPD fordert die konsequente Begrenzung der Nachverdichtung, vor allem im hochverdichteten Ortsteil Prenzlauer Berg.

Wir treten für eine klimafreundliche Stadtentwicklungspolitik ein und fordern

- die Neufassung des Berliner Flächennutzungsplans, insbesondere die Rücknahme von Bauflächenausweisungen zugunsten von Grün- und Freiflächen in Französisch Buchholz und Buch,
- das Freihalten von stadtklimatisch bedeutenden Freiflächen und Kaltluftentstehungsgebieten von Bebauung,
- den Erhalt von Luftaustauschschneisen,
- die Festschreibung von klimafreundlichen und emissionsarmen Heizungssystemen in der verbindlichen Bauleitplanung,
- die intensive Begrünung von Höfen, Dächern und Fassaden in hoch verdichteten Wohngebieten sowie die Begrenzung der baulichen Nachverdichtung in innerstädtischen Bereichen,
- die aktive Mitarbeit des Bezirkes am Stadtentwicklungsprogramm Klima Berlin,
- die Entwicklung von verbindlichen Klimaschutzstrategien für stark betroffene innerstädtische Kieze.

Förderung alternativer Energien

Vor zehn Jahren hat die rot-grüne Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeführt. Der im EEG verankerte Einspeisevorrang und der Ausbau der Erneuerbaren Energien haben viele dezentrale Versorger hervorgebracht und bundesweit über 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch im Bezirk Pankow gibt es noch Potenziale für den Ausbau Erneuerbarer Energien. Der Bezirk Pankow muss dabei seine Vorreiterfunktion weiter ausbauen, unter anderem bei der Bereitstellung von bezirkseigenen Dachflächen für Photovoltaikanlagen, der ökologischen Gebäudesanierung sowie der Aktivierung von Flächen für Windkraftanlagen.

Darüber hinaus sind insbesondere zu nennen:

- Solare Wärme- und Kälteerzeugung mittels Solaranlagen auf Dächern,
- Photovoltaik – möglichst als Eigenerzeugungsanlagen auf Dächern mit Eigenverbrauch,
- Geothermie,
- Windkraft am Stadtrand,
- Biogaserzeugung – sowohl als Biomüll als auch aus Grünabfällen des Bezirks und von Privaten.

Flora und Fauna schützen

Pankow hat einen großen Artenreichtum, der sowohl in offenen Landschaftsräumen als auch in innerstädtischen Biotopen anzutreffen ist. Die SPD sieht es als eine zentrale politische Aufgabe an, diesen Artenreichtum zu schützen. Der Verlust an biologischer Vielfalt bedeutet für uns nicht nur das Verschwinden von seltenen Pflanzen- und Tierarten. Damit einher gehen würde auch ein massiver Einschnitt in die natürlichen Lebensgrundlagen der

Menschen. Schwerpunkte der Naturschutzarbeit setzen wir deshalb bei:

- Erhalt und weiterer Ausgestaltung des Naturschutzgebietes Niedermoorwiesen im Ortsteil Blankenfelde und der Moorlinse im Ortsteil Buch,
- Ausgestaltung und behutsamer öffentlicher Nutzung eines durchgehenden Grünzuges/Biotopverbundes entlang des ehemaligen Grenzstreifens von der Blankenfelder Feldflur bis hin zum Mauerpark,
- bereits begonnener Renaturierung der Panke,
- Entwicklung des Botanischen Volksparks zu einer attraktiven Umweltbildungs- und Naherholungseinrichtung.

Mehr Aufmerksamkeit als bisher sind der Einrichtung und dem Schutz von Nistplätzen für Sing- und andere Vögel zu schenken. Daran sind vor allem das Umwelt- und Naturschutzamt sowie ornithologische Vereine zu beteiligen.

Kleingärten sichern

Kleingärten sind die grüne Lunge Pankows. Sie haben eine große Bedeutung für die Verbesserung des Stadtklimas und bieten gestressten Menschen in der Großstadt Ruhe und Entspannung. Wir unterstützen deswegen die Initiativen der drei Pankower Bezirksverbände der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bei der Förderung des Kleingartenwesens und bei der Beratung und Betreuung in Fragen der ökologischen Gartenbewirtschaftung.

Wir wollen den Erhalt der landeseigenen Kleingärten in Pankow sichern. Deshalb fordern wir eine Anpassung des Flächennutzungsplans, der von der bisherigen Schutzfristenregelung abweicht, in dem alle bestehenden landeseigenen Kleingartenanlagen dauerhaft als solche festgeschrieben werden.

Schallschutz entlang stark befahrener Eisenbahnstrecken

Der Eisenbahnverkehr auf der Stettiner Bahn und auf dem Außenring hat zugenommen. Insbesondere der Güterverkehr, der mit seinen teilweise veralteten Fahrzeugen erhebliche Lärmbelastungen in der Nacht verursacht, ist ein besonderes Ärgernis und führt zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei den Anwohnerinnen und Anwohnern. Die SPD fordert daher die Errichtung einer Schallschutzwand mindestens entlang des Bahndamms im Ortsteil Karow. Der Bedarf an weiteren Stellen ist zu prüfen. Von der Deutschen Bahn AG erwarten wir einen lösungsorientierten Ansatz, der sich von dem bisherigen Beharren auf Formalitäten löst.

Wirtschaft und Arbeit

Die SPD verfolgt vor Ort eine soziale Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Sie zielt auf Rahmenbedingungen und Maßnahmen, die „Gute Arbeit“ schaffen. Darunter verstehen wir die Teilhabe an qualitativ hochwertiger, gut entlohnter und nicht krankmachender Erwerbsarbeit. Hinzu tritt die Absicherung in Notlagen, bei Bedürftigkeit und im Alter. Gute Arbeit trägt zur menschenwürdigen Existenz bei und ist Grundlage des wertschöpfenden und sinnvollen Wirtschaftens. Dieser Anspruch gilt sowohl für abhängig Beschäftigte als auch für Selbständige, die für die Wirtschaft in unserem Bezirk eine hohe Bedeutung haben.

Im Rahmen unserer bezirklichen Möglichkeiten kämpfen wir für Verhältnisse, die anständigen Lohn für anständige Arbeit fördern, prekäre Beschäftigungsverhältnisse hingegen verhindern. Das verbindet sich mit dem Vorzug für sozialversicherungspflichtige Vollerwerbsplätze und der Ablehnung missbräuchlicher Selbständigkeit. Dabei erkennen wir gerade in unserem Bezirk die wichtige Rolle unternehmerischen Engagements an – doch muss es auf Freiwilligkeit beruhen und den betreffenden Personen ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit und Verlässlichkeit bieten.

Im Bezirk können wir keine Gesetze erlassen, aber konkrete Rahmenbedingungen von Wirtschaft und Arbeitsplätzen mitgestalten. Richtschnur unseres Handelns ist auch hier aktive Bezirkspolitik. Wir ziehen uns nicht hinter Sachzwängen zurück, sondern wollen auf die Lebensverhältnisse im Interesse der Menschen konkret und praktisch Einfluss nehmen. Für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt erfordert das, die notwendigen Voraussetzungen in der Bildungs-, Familien-, Sozial-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik zu schaffen.

Darüber hinaus setzen wir Prioritäten bei der Förderung ökonomischer Stärken, um unserem Anspruch sozialer Wirtschaftspolitik gerecht zu werden. Im Mittelpunkt stehen für uns dabei fünf Schwerpunkte: Gute Arbeit vor Ort, aktive Ansiedlungspolitik und Bestandspflege, Förderung der lokalen Kreativwirtschaft, Lebendiger Tourismus und Neue Wirtschaftsräume.

Gute Arbeit vor Ort

Wir wollen die Stärken unseres Bezirks nutzen, um auf Dauer angelegte Arbeitsverhältnisse in Pankow zu etablieren. Kultur, Tourismus und Gastgewerbe sind dabei ebenso prägend wie die Medizin und Biotechnologie. Der Bezirk bietet auch Raum für industrielle Produktion, die Ansiedlung großer Unternehmen oder von Bundesbehörden. Wir wollen alle Chancen nutzen, zukunftsgerichtete Arbeitsplätze in Pankow zu erhalten und neu zu schaffen.

Wir setzen im Rahmen der Möglichkeiten des Bezirks „Gute Arbeit“ durch. Dazu gehört die Bekämpfung von Lohndumping, zum Beispiel über die Auftragsvergabe und die Durchsetzung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes (dazu gehört auch der Nichtraucherschutz).

Im Rahmen seiner Möglichkeiten ist es aber auch Sache des Bezirks, zum Beispiel auf das Einhalten des Verbots der Kinderarbeit zu achten. Kinder und Jugendliche brauchen eine anständige Schulausbildung und dürfen nicht im elterlichen Betrieb als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Wir wollen:

- unseren Einfluss in der Gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) geltend machen und dabei insbesondere die Vergabe von Beschäftigungsgelegenheiten im Interesse der Maßnahmenteilnehmerinnen und -teilnehmer der vergebenen Einrichtungen mit gestalten. Die arbeitsmarktpolitischen Ziele und Eingliederungsmaßnahmen müssen den Bedürfnissen der Erwerbslosen und der Unternehmen im Bezirk gerecht werden.
- eine intensive Kooperation mit Jugendhilfe, Schule, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Ausbildungsinstitutionen, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Gemeinsamen Einrichtungen (Jobcentern), damit alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten. Die Ausbildungsoffensive des Bezirksamtes ist fortzusetzen und auszubauen.
- insbesondere die Arbeitslosigkeit in der jüngeren Generation weiter bekämpfen.
- das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit stärken.
- bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Bezirk mit gutem Beispiel vorangehen. Zur Vereinbarkeit gehört nicht nur die Kindererziehung, sondern in einer älter werdenden Gesellschaft auch die Möglichkeit zur Pflege engster Angehöriger. Dazu wollen wir Gespräche zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten und ihren Vertretungen und Verbänden initiieren.

Aktive Ansiedlungspolitik und Bestandspflege

Unser Bezirk ist ein attraktiver Standort für Kunst und Tourismus ebenso wie für Industrie, Bio- und Hightech. Seine Anziehungskraft zu erhalten und weiter zu erhöhen, verlangt die aktive Unterstützung und einen guten Service für ansiedlungswillige und bereits ansässige Unternehmen. Auf Bezirksebene geht es dabei weniger um Geld, das direkt vergeben werden kann, sondern vor allem um Rahmenbedingungen. Wirtschaftspolitik muss als Querschnittsaufgabe wahrgenommen werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, alle notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wir wollen:

- Wirtschaftsförderung zur Chefsache machen. Sie ist nach der Wahl im Ressort des Bezirksbürgermeisters anzusiedeln. Die Koordination der unterschiedlichen Ämter mit Zuständigkeiten für Ansiedlungen und Unterstützung vorhandener Betriebe soll verbessert und durch amtsinterne Vereinbarungen verbindlich ausgestaltet werden.
- vorhandene Entwicklungsstandorte und Ansiedlungen wie den Medizin- und Biotechnologiestandort Buch, den Pankow-Park in Wilhelmsruh oder die lokale Kreativwirtschaft in Prenzlauer Berg durch geeignete verkehrliche und stadtentwicklungsbezogene Rahmenbedingungen sichern.
- Bildung und Weiterentwicklung von Genossenschaften und gemeinwirtschaftlichen Modellen, wie sie sich zum Beispiel mit der Genossenschaft Saarbrücker Straße etabliert haben, fördern und verstärken.
- als Bezirk ein aktives Fördermittelmanagement einrichten, das im Bezirksamt bereichsübergreifend dafür Sorge trägt, dass die Möglichkeiten zum Einwerben von bundes- und europäischen Mitteln bestmöglich ausgeschöpft werden.
- im Bereich von Ansiedlungsservice, Fördermanagement und Projektentwicklung nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten die personellen Kapazitäten des Bezirks verbessern und erforderlichenfalls externe Hilfe hinzuziehen.

- den Einzelhandel durch eine Kooperation mit Straßenarbeitsgemeinschaften und eine Begrenzung der Bauzeiten in Geschäftsstraßen unterstützen. Leerstandsinitiativen sollen im Interesse aller Gewerbeanrainer die Attraktivität der großen Straßen erhöhen.
- attraktive Wochen- und Tagesmärkte im Bezirk Pankow. Der Markt am Kollwitzplatz wie auch andere Standorte sind daher zu sichern und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Starke Kreativwirtschaft

Weit über die Bezirksgrenzen hinaus ist Pankow für seine Kunst- und Kulturszene bekannt. Diese vielfältige und kleinteilige freie Szene umfasst Kreative, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturtreibende ebenso wie die im Bezirk vorhandene Galerie-, Theater- und Clubszene. Diese Szene wächst und entfaltet eine wirtschaftliche Dynamik vor Ort, die sich positiv auf weitere Wirtschaftsbereiche auswirkt. Darüber hinaus steigert sie die Attraktivität und Lebensqualität unserer Kieze: Nicht nur viele Gäste werden davon angezogen, sondern auch Kulturschaffende aus anderen Regionen und Ländern.

Wir sind stolz auf eine Reihe von Kinos, die mit anspruchsvoller Programmgestaltung und speziellen Angeboten zum Beispiel für Kinder, Familien oder Seniorinnen und Senioren dem Mainstream etwas entgegensetzen.

Als Anlaufstellen und Stützen der Kreativwirtschaft sollen die bezirklichen Kultureinrichtungen erhalten bleiben, um einerseits lokale Kunst und Kulturangebote im Sinne der künstlerischen Traditionen des Bezirks widerzuspiegeln und andererseits neue Entwicklungen im Kreativbereich aufzugreifen.

Neben der bezirklichen Nachwuchs- und Projektförderung stehen die Sanierung und die Weiterentwicklung des Kulturensembles Thälmannpark sowie des Kunst- und Kulturzentrums Brotfabrik im Vordergrund. Dies ermöglicht ebenfalls eine verstärkte Kooperation zwischen kommunaler Kultur, freien Kunstschaffenden und privaten Kulturakteuren.

In Anbetracht des angespannten Mietmarktes – insbesondere in Prenzlauer Berg – werden bezahlbare Gewerbe- und Kreativflächen immer drängender, so dass freie Flächen in privaten und öffentlichen Immobilien zu angemessenen Konditionen kulturell um- und zwischengenutzt werden können. Im Rahmen einer Leerstandinitiative werden wir uns dafür stark machen, ungenutzte Gewerberäume für Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung zu stellen.

Eine hohe Priorität hat für uns ebenso die nächtliche Kultur- und Clubszene im Bezirk, deren Erhalt durch eine angemessene Genehmigungspraxis der Behörden gesichert werden soll. Besonders bei Nutzungskonflikten mit Anwohnerinnen und Anwohnern soll ein frühzeitiges und präventives Vermittlungsverfahren unter Moderation und Beteiligung des Bezirks stattfinden. Im Konfliktfall durch Lärmschutzaufgaben wollen wir die Betreiberinnen und Betreiber bei ihrer Suche nach Ausstattungshilfen unterstützen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besteht darüber hinaus eine große Herausforderung darin, sich der teilweise katastrophalen beruflichen und sozialen Situation von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern anzunehmen. Wir setzen uns für die Anerkennung des Künstlerberufs durch das Jobcenter bei der Förderung von Selbständig-

keit ein. Im Bereich der Arbeitsförderung sollen Formen der Projektarbeit für Künstlerinnen und Künstler genutzt werden. Die Selbstvermarktungsfähigkeit Kulturschaffender ist generell zu stärken und zu fördern.

Lebendiger Tourismus

Wir sind stolz, dass Berlin und Pankow in den letzten Jahren eine weltweite Anziehungskraft gewonnen haben. Nicht nur Berlin, sondern auch unser Bezirk konnte Rekord-Übernachtungszahlen verbuchen. Mit der Restaurierung und Eröffnung des Schlosses Schönhausen hat er eine bedeutsame touristische Attraktion gewonnen. Auch der Markt auf dem Kollwitzplatz, das vielfältige Angebot und die Karaoke-Veranstaltungen im Mauerpark haben einen touristischen Status erlangt, von dem der Bezirk profitiert. Sie müssen deshalb gesichert werden.

Die Attraktivität von Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee für Gäste aus dem In- und Ausland speist sich aus der bunten Vielfalt des Bezirks und seiner besonderen Lebensqualität. Sie zu pflegen und für möglichst viele erschwinglich zu halten, ist daher der wichtigste Bestandteil der Tourismusförderung.

- Wir wollen das bezirkliche Tourismus Informations Centrum (TIC) dauerhaft an einem attraktiven Standort sichern.
- Wir wollen das bezirkliche Tourismuskonzept fortschreiben.
- Wir werden einen regelmäßig tagenden Runden Tisch Tourismus einberufen.
- Der Jüdische Friedhof in Weißensee und die Geschichte des Ortsteils als früherer Standort für die Filmproduktion sind für Touristen attraktiv. Dies wollen wir künftig noch stärker nutzen.

Wird der öffentliche Raum stark genutzt, wie zum Beispiel im Mauerpark, müssen auch die Folgen davon berücksichtigt werden. Die SPD setzt sich daher für eine effektive Reinigung und Abfallentsorgung in stark frequentierten öffentlichen Bereichen und für die Intensivierung der Pflege betroffener Grünflächen ein.

Wir wollen, dass Festveranstaltungen im Bezirk wie das Weißenseer Blumenfest, das Fest an der Panke, die Buchholzer Festtage oder der Rosenthaler Herbst Orte lebendiger Begegnungen für alle Menschen im Bezirk bleiben. Sie dürfen nicht vollständig kommerzialisiert werden, sondern sollen auch weiterhin örtlichen Künstlerinnen und Künstlern sowie gesellschaftlich engagierten Vereinen, Verbänden und Initiativen die Möglichkeit geben, sich zu präsentieren.

Neue Wirtschaftsräume

Wirtschaft, Unternehmen und Selbständige brauchen attraktive, entwicklungsfähige und vor allem bezahlbare Räume. Um sie zu sichern und zu erschließen, setzt sich die SPD für eine enge Verzahnung mit der Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik ein. Darüber hinaus wollen wir neue Flächen und Liegenschaften bereit stellen, die den besonderen Anforderungen des kleinteiligen Gewerbes, der Kreativwirtschaft sowie der Gründerinnen und Gründer gerecht werden. Dies schließt die gezielte Entwicklung bezirklicher und öffentlicher Liegenschaften ein.

Wir wollen:

- eine zügige und vorausschauende Bauleitplanung forcieren. Dies betrifft unter anderem große Gewerbeflächen in den Randlagen des Bezirks, die Weiterentwicklung des Standorts Buch, des ehemaligen Rangierbahnhofgeländes in Pankow oder die Golfplatzerweiterung.
- eine enge Kooperation mit den öffentlichen und privaten Eigentümern von Entwicklungsflächen.
- die alten Brauereistandorte als architektonische Aushängeschilder erhalten und weiterentwickeln.
- vorhandene Brachen in Randlagen unseres Bezirks in verstärktem Maße für die Ansiedlung von Erzeugungsanlagen für Erneuerbare Energien aktivieren. Sie sind auch ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt und der ganzen Region. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bezirk und Senat die Bereitstellung erforderlicher Flächen zügig begleiten und neue Projekte ermöglichen.

Solide Finanzen und bürgernahe Verwaltung

Vieles von dem, was wir vorhaben, kostet Geld. Nicht alles wird daher realisierbar sein. Solide Finanzen und ein auskömmlicher Bezirkshaushalt sind Voraussetzung dafür, dass politische Spielräume im Bezirk bestehen bleiben, eine bürgernahe Verwaltung und die bezirkliche Infrastruktur gesichert werden können.

Dafür treten wir ein:

- Wir setzen uns weiterhin für die Eigenständigkeit und die bedarfsgerechte Ausstattung der Bezirke mit finanziellen und personellen Ressourcen ein.
- Wir werden den Weg der erfolgreichen Haushaltskonsolidierung in Pankow fortsetzen, ohne den Bezirk kaputt zu sparen. Ein Abbau des angehäuften Defizits aus den Jahren 2002 bis 2006 soll nur durch zu erzielende Überschüsse erfolgen.
- Wir wollen die vorhandenen Finanzmittel gerechter einsetzen, deshalb müssen die begonnene gendersensible Analyse des Bezirkshaushalts ausgeweitet und auf dieser Basis Umschichtungen vorgenommen werden.

Eine bürgernahe Verwaltung braucht motivierte Beschäftigte. Der öffentliche Dienst kann dem demographischen Wandel aber auch den wachsenden Ansprüchen der Bevölkerung nicht gerecht werden, wenn es keine gezielte Personalentwicklung gibt. Bei anhaltendem Personalabbau wird die rechtmäßige Funktionsfähigkeit der Bezirksverwaltung zunehmend in Frage gestellt.

Dafür engagieren wir uns:

- Wir setzen uns dafür ein, dass das altersbedingte Ausscheiden von Beschäftigten durch Neueinstellungen kompensiert werden kann.
- Wir wollen junge Menschen nicht nur ausbilden, sondern sie auch unbefristet übernehmen.
- Wir werden die eingeleiteten Maßnahmen der Personalentwicklung im Bezirksamt fortsetzen und ausweiten. Dazu gehören insbesondere die Frauenförderung in Führungspositionen, das Gesundheitsmanagement und die Fortbildung.
- Wir wollen die Beschäftigten durch gezielte Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sowie bürgerschaftlichem Engagement unterstützen.

Die Bezirksverwaltung ist kein Selbstzweck, sondern sie ist für die Menschen da. Wir wollen ihre Orientierung an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger weiter verbessern durch:

- die interkulturelle Öffnung der Verwaltung,
- das Fortschreiben des Maßnahmeplans für eine verständliche Amtssprache,
- eine aktuelle und benutzerfreundliche Internetpräsenz des Bezirksamtes,
- eine barrierefreie und übersichtliche Wegweisung insbesondere in den Dienstgebäuden des Bezirksamtes mit viel Publikumsverkehr,
- eine größere Aufenthaltsqualität in den Wartebereichen der Bürgerämter,
- die Verringerung von Bearbeitungszeiten insbesondere im Bereich des Stadtentwicklungsamtes.

Vier Projekte für Pankow

Für die nächste Wahlperiode 2011 bis 2016 wird die Pankower SPD kontinuierlich an der Realisierung von vier übergeordneten Projekten arbeiten:

I. Buch

Die Entwicklung im Pankower Ortsteil Buch hat sich in den letzten Jahren zum Positiven gewendet. Der Krankenhausstandort konnte durch den Neubau von Helios gesichert werden, die Unternehmen und Forschungseinrichtungen auf dem Campus expandieren, der ehemalige örtliche Bereich III wurde saniert und wird jetzt vielfältig genutzt, im ehemaligen örtlichen Bereich V entstehen ebenfalls Wohnungen, der Künstlerhof ist zu neuem Leben erwacht, die Nahversorgungsmöglichkeiten im Ortskern haben sich deutlich verbessert, der Radweg Berlin-Usedom konnte fertig gestellt werden, zahlreiche Wohnungen wurden oder werden saniert und Buch wurde in die Förderkulisse des Stadtumbau-Ost aufgenommen. Diesen begonnenen positiven Prozess gilt es weiter zu fördern. Dazu gehören:

- eine attraktive Gestaltung der Brunnengalerie als Erweiterungsfläche für den Campus,
- die Aufwertung des S-Bahnhofes unter anderem durch einen Aufzug,
- eine verbesserte Verkehrsanbindung,
- die Aufwertung des Schlossparks Buch,
- die Anbindung an die Skaterstrecke in Hobrechtsfelde.

II. Naherholungsraum Blankenfelde/Arkenberge

Der Raum Blankenfelde/Arkenberge wird in den nächsten Jahren erheblich an Bedeutung gewinnen. Wir brauchen eine Naherholungskonzeption, die unter anderem folgende Bestandteile beinhaltet:

- Bessere Verkehrsanbindung unter anderem durch einen Haltepunkt Blankenfelde für die Heidekrautbahn, die dann nach Gesundbrunnen fährt,
- Gestaltung von Arkenberge nach Stilllegung der Bauschuttdeponie unter Einbeziehung des Sees,
- Weiterentwicklung des Botanischen Volksparks zusammen mit der landeseigenen Grün Berlin GmbH,
- Einbeziehung des Stadtguts Blankenfelde,
- Schaffung einer Naturschutzstation.

III. Integriertes Gesamtkonzept für den ehemaligen Rangierbahnhof Pankow

Mitten in Pankow liegt mit dem ehemaligen Rangierbahnhof Pankow eine riesige unansehnliche Brachfläche. Der Grundstückseigentümer plant deren Entwicklung und will unter anderem einen Möbelmarkt errichten. Die SPD Pankow begrüßt grundsätzlich eine potentielle wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklung dieser großen Brachfläche und die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze. Die Wiederinbetriebnahme dieses ehemals zweit-

größten Rangierbahnhofs der DDR als „Güterverteilzentrum mit Schienenanschluss im innerstädtischen Bereich“ mitsamt lärmenden Zug- und LKW-Bewegungen lehnen wir ab.

Wichtig sind uns aber vor allem die Beachtung der Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Gewerbetreibenden Pankows und zum Beispiel auch zahlreiche Fragen der verkehrlichen Erschließung. Wir können uns für diese Privatfläche in einem integrierten Gesamtkonzept Einrichtungen der Bildungsinfrastruktur sowie für Kultur und Freizeit und Freiflächen vorstellen. Großflächiger Einzelhandel darf zum Schutz der gewachsenen Stadtteilkern nicht am U- und S-Bahnhof Pankow, sondern nur an der Autobahn im nordöstlichen Bereich entstehen.

Wir wollen neue Wege der Beteiligung der Pankower Bevölkerung beschreiten, die über die übliche Bürgerbeteiligung hinausgehen sollen. Die Straßenbefragungen durch den Privateigentümer waren ein zu begrüßender erster Schritt. Diese Befragungen sollen qualifiziert und auf alle Haushalte und die Gewerbetreibenden der angrenzenden Ortsteile (Pankow, Pankow-Süd, Heinersdorf) ausgeweitet werden. Die Bevölkerung soll darüber hinaus zum Beispiel im Internet und bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen die Gelegenheit erhalten, sich vorab in breiter Öffentlichkeit mit dem Thema zu befassen und eigene Ideen für die Entwicklung einzubringen.

IV. Mauerpark erweitern

Der Mauerpark hat sich zu einem Publikumsmagneten und einer touristischen Attraktion entwickelt. Zugleich muss der Park wieder ein attraktiver Freizeit- und Erholungsraum für die Anwohnerinnen und Anwohner werden. Wir setzen uns deshalb für seine zügige Fertigstellung auf einer größtmöglichen Fläche ein. Die Grüngestaltung soll sich auf den Bürgerbeteiligungsprozess mit der Bürgerwerkstatt Mauerpark stützen. Sie verbindet die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner aus Wedding und Prenzlauer Berg.

Das bürgerschaftliche Engagement für die Sammlung von Spenden zum Kauf der gesamten Erweiterungsflächen zwischen Bernauer Straße und nördlichen Gleisanlagen begrüßen wir. Allerdings kann es die öffentliche Verantwortung nicht ersetzen. Dabei erzwingen die Finanzierung und andauernde Übernutzung der Fläche schnelle Lösungen. Bis zum Frühjahr 2012 muss ein tragfähiges und belastbares Konzept gefunden werden.

Die SPD setzt sich deshalb für den Erwerb der gesamten Erweiterungsflächen im Süden und Westen des heutigen Mauerparks durch das Land Berlin ein. Damit gewährleisten wir eine zügige Entwicklung in städtischer Verantwortung. Hieran lassen sich private Initiativen je nach Bereitschaft und Leistungsvermögen beteiligen.

Wir sehen in diesem Weg einen Beitrag, die Trennung zwischen Wedding und Prenzlauer Berg zu überwinden. Eine tragende Rolle sollen dabei neue Dialogformen wie die Bürgerwerkstatt Mauerpark übernehmen. Mit der begonnenen Zusammenarbeit lassen sich reale und mentale Grenzen abbauen und Gemeinsamkeiten nicht nur zur Entwicklung des Mauerparks aufbauen.

Gemeinsam Pankow gestalten

Nicht nur der Bezirk Pankow ist in den letzten zehn Jahren größer und bunter geworden. Auch die SPD im Bezirk ist deutlich gewachsen. Wir haben über Jahre die Politik im Bezirk verantwortlich mit gestaltet, in den letzten fünf Jahren die stärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und mit Matthias Köhne einen starken Bürgermeister gestellt.

Wir wollen weiter mit Leidenschaft daran arbeiten, dass dieser Bezirk lebendig, lebens- und liebenswert für alle Menschen in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee bleibt, egal ob sie hier wohnen, arbeiten oder den Bezirk besuchen.

Politik zu gestalten, ist aber keine Aufgabe für wenige. Wir streben eine Gesellschaft an, in der sich Menschen politisch engagieren. Wir werben dafür, dass mehr Menschen Verantwortung für ihr eigenes Lebensumfeld übernehmen und sich für die gute Sache einbringen. Deshalb ist unser Versprechen: Wir sind offen für Ihre Ideen, für Ihre Anregungen und für Ihr Mitwirken in der SPD – ob als Mitglied, Unterstützerin und Unterstützer oder Förderin und Förderer sozialdemokratischer Ideen für den Bezirk Pankow und unsere Stadt Berlin.

Daran lassen wir uns messen.